

Bezugspreis:
Stückzahl 1,000. monatlich 1,50 M.
wöchentlich 30 Pf. für ins Haus
versandt. Einzelne Wochenblätter
ausserhalb des Postbezirks 1,50 M.
...
Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Anzeigenpreis
Beträgt 1/2 der Abrechnungsliste...
...
trägt bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Montag, den 19. November 1917.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Die Bolschewiki in Gatschina.

Französischer Vorstoß bei St. Quentin
gescheitert — Italienische Gegenangriffe
bei Asiago erfolglos — Vordringen zwischen
Brenta und Piave

Amlich. Großes Hauptquartier, 18. November
1917. (W. Z. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zu Flandern blieb der Artilleriekampf in mäßigen
Grenzen.
Im Artois und nördlich von St. Quentin wurden in er-
folgreichen Erkundungsgeschichten mehr als 40 Engländer ein-
gebracht und mehrere Maschinengewehre erbeutet.

Starker, seit zwei Tagen gesteigerter Feuerwirkung
gegen die Sübfrent von St. Quentin folgte ein französischer Vorstoß.
Der Feind wurde im Nahkampf zurückgeworfen und bunte Ge-
fangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Besonderes.

Mazedonische Front.

Nördlich vom Doiran-See wiesen bulgarische Feldwachen
den Angriff eines englischen Bataillons ab.

Italienische Front.

Nordöstlich von Asiago verbluteten sich starke italienische
Kräfte in erfolglosen Angriffen gegen die ihnen entzogenen
Höhen.

Zwischen Brenta und Piave warfen unsere Truppen den
Feind aus mehreren Stellungen.

An der unteren Piave zeitweilig verstärkter Feuerkampf.
Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 18. November 1917, abends. Amlich.
An der West- und Ostfront usw. keine größeren
Kampfhandlungen.

Zwischen Brenta und Piave wurde der Italiener er-
neut aus starken Gebirgsstellungen geworfen.

Der österreichische Bericht.

Wien, 18. November 1917. (W. Z. S.) Amlich wird
verlautbart:

Im Raume nordöstlich von Asiago versuchte der Feind
durch starke Gegenangriffe die in den letzten Tagen an uns
verlorenen Höhenstellungen zurückzugewinnen.

Unsere tapferen Truppen behaupteten in erbittertem
Handgemenge ihre in hartem Kampfe eroberten Linien.

Zwischen der Brenta und der Piave haben die Ver-
bündeten mehrere Höhenstellungen erstickt.

An der unteren Piave Geschützkampf wechselnder
Stärke.

Die Fliegeraktivität war gestern besonders reger. Offiziers-
stellvertreter Arrighi hat das 18. feindliche Flugzeug abgeschossen.
Sonst nirgendw Ereignisse von Belang.

Der Chef des Generalstabes.

Kartoffelreichtum und doch
Kartoffelnot.

Von Hermann Krähig.

In Bielefeld hat der Landrat Dr. Beckhaus die jenu-
tionelle Mitteilung gemacht, daß die Nachschätzung des Ergeb-
nisses der Kartoffelernte ein derartig trübes Bild ergeben
habe, daß mit einer Mißernte zu rechnen wäre — vorausgesetzt,
daß diese Nachschätzung richtig ist. Die Berliner Zentral-
stellen für Ernährungsfragen sollen aber nicht an diese Mi-
ßernte glauben, sondern ganz bestimmt annehmen, daß ries-
enhafte Mengen von Kartoffeln zurückgehal-
ten werden, um sie zu verfüttern oder sie im Wege
des Schleichhandels zu Wucherpreisen zu ver-
kaufen. Man braucht sich nicht zu wundern, daß die Ber-
liner Einwohner, die auf knappe Rationen angewiesen
sind, von Jorn erköst werden, wenn sie von jener sen-
sationellen Mitteilung Kenntnis erlangen. Denn es heißt doch
wirklich leugnen, daß des Mittags die Sonne am Himmel steht,
wenn man den Zentralstellen für Ernährungsfragen durch die
Nachschätzung des Ernteergebnisses zu suggerieren sucht, wir
hätten auch in diesem Jahre eine Kartoffelmisernte. Dabei
weiß es, man möchte sagen, fast alle Welt, daß wir eine
Riesenkartoffelernte haben.

Die Zentralbehörden für Ernährungsfragen glauben es
auch angeblich nicht, daß die Nachschätzung richtig ist. Schön!
Aber ist das alles, was diese Behörden jenen skandalösen
Nachschätzungschwindeln gegenüber tun wollen?
Nein! Es soll noch etwas gechehen; etwas allerdings, was die
größtstädtischen Empfänger der knappen Rationen nicht
jatt macht. Jene Zentralstellen hatten nämlich die Absicht
gehabt, sowie die Bevölkerung mit Kartoffeln versorgt war,
die überfließenden Kartoffeln zur Verfütterung frei-
zugeben; das soll jetzt unterbleiben. Man weiß nicht, was
man mehr besinnen soll: Die Unversförenheit der
Kartoffelerzeuger oder die geradezu unfähbare Kapi-
tät der Zentralstellen. Die Kartoffelerzeuger, die bei der
Nachschätzung soviel Kartoffeln unterschlagen haben, werden
sich, wenn sie die Kartoffeln verfüttern wollen, den Teufel
darum scheren, ob die Kartoffeln zum Verfüttern freigegeben
sind oder nicht; sie werden die Kartoffeln in diesem Jahre
genau so verfüttern, wie sie die Riesenernte vor zwei Jahren
verfüttert haben, und wie sie im vorigen Jahre die enormen
Mengen Brotgetreide verfüttert und dadurch
unser Land an den Rand des Abgrunds brachten.

Warum schreiten die Zentralstellen nicht
zur sofortigen Beschlagnahme der Kartoff-
eln? Wissen die sogenannten Zentralstellen denn nicht, daß
die auf so geringe Rationen gekerkte Berliner Bevölkerung auf
diese Nachschätzung der Kartoffelernte ihre letzte Hoff-
nung, nämlich die Hoffnung setzte, noch dem Festhalten des
Ergebnisses der Nachschätzung der Kartoffelernte, minde-
stens ein halbes Pfund Kartoffeln pro Kopf
und Tag mehr zu bekommen? Im August dieses
Jahres, als die neuen Kartoffeln zur Verteilung kamen, da
hieß es, es gibt zunächst auch nur ein Pfund pro Tag. Von
der Nachschätzung der Ernte im Herbst wird es dann abhängen,
ob eine größere Ration gegeben werden kann. Man gab
sich damals zufrieden. Es gab im August und September ja
noch reichlicher Gemüse. Es gab auch reichlicher Obst, und der
Ragikrat verteilte noch alle Wochen Mühlenfabrikate oder
Leigwaren. Bitter gab es mehr wie heute und auch mehr und
billigere Eier. Aber nun rennen die armen Fraue täglich
vergebens nach Gemüse herum. Die Gemüseläden sind meist
so gemüseloer, daß sich eine Maus Blutblöfen laufen kann, ehe
sie ein Gemüselblatt findet. Alles wurde in letzter Zeit ohe,
und nur die Hoffnung blieb, daß doch nun, nach dieser Riesen-
kartoffelernte, die Kartoffelrationen erhöht werden
würden, um wenigstens dadurch einen Ausgleich für das
fehlende Gemüse und die knapper werdenden Mühlenfabrikate
zu erhalten. Wie ein Bombenschlag muß jetzt jene Mitteilung
des Bielefelder Landrats wirken, auf alle die, die ihre letzte
Hoffnung schwinden sehen, schwinden sehen durch den empören-
den Riesenchwindel der Nachschätzung.

Wacht man sich in den Zentralstellen eine Vorstellung da-
von, welche Not in der Berliner Einwohnerschaft besteht? Und
macht man sich eine Vorstellung, wie diese Nachricht des Biele-
felder Landrats auf die Stimmung der Berliner Arbeiter-,
Handwerker- und Beamtenfrauen wirken wird? Ein Ver-
brechen wäre es an unserem Volk, an unserem Land, wenn
man jetzt nicht sagen würde: „Wir hierher und nicht
weiter!“ Es ist die höchste, die allerhöchste Zeit, daß die
Ernährungsbehörden ihren unerhörten Schändentun aufgeben.
Ist es denn den Männern in den Zentralstellen nicht klar, daß
wir heute, wo wir fast nur auf die Kartoffel angewiesen sind,
unmöglich mit demselben Quantum auskommen können, das
man uns vor zwei Jahren zum erstenmal zumah, ma

Kerenskys Angriff mißglückt.
Die „in Sicherheit gebrachten“ Geheim-
verträge.

Petersburg, 17. November. (Reutermeldung.) Am
Freitag haben die Maximalisten Gatschina besetzt; der
Stab Kerenskis wurde verhaftet. Kerenski ist ge-
flüchtet; seine Gefangennahme wurde angeordnet. Am Sonn-
abend wurden die Fraktionsmitglieder eingekerkert.

In Moskau wurden die Bedingungen unterzeichnet,
unter denen die sogenannte weiße Garde Kerenskis die
Waffen abliefern will.

Der öffentliche Wohlfahrtsauschuß wurde auf-
gelöst.

Die Maximalisten verlangen die Bedingung für
ihren Eintritt in ein sozialistisches Koa-
litionskabinet u. a. die Kontrolle über die Truppen
von Petersburg und Moskau und über die Arbeiter von ganz
Rußland.

Keratsow, früherer Minister für auswärtige Ange-
legenheiten, der die Verträge mit den Alliierten
in Sicherheit gebracht hat, hält sich verborgen. Die
Maximalisten haben seine Verhaftung und die Auffü-
rung der Dokumente angeordnet.

Die Vorgänge in Rußland bleiben noch immer ein
Mäkel. In den Kämpfen der Bolschewiki gegen die Truppen
Kerenskis scheinen die ersten Siege zu sein. Die näheren
Umstände, wie sich diese Kämpfe vollziehen, sind gänzlich
verschleiert. Der sozialistische Wohlfahrtsauschuß, über
dessen Existenz wir auch nur gerüchteleise unterrichtet waren,
soll von den Bolschewiki aufgelöst sein. Dis will heißen, daß
zwischen den Bolschewiki und den anderen
sozialistischen Parteien die alten Differen-
zen weiterbestehen. Die früheren Meldungen über
eingeleitete Verhandlungen und aufgestellte Bedingungen be-
kommen vorläufig keine Bestätigung. Zunächst scheint es,
daß sich die Bolschewiki aus eigener Kraft halten, wahrschein-
lich in der Atmosphäre der von den anderen sozialistischen
Parteien geübten Neutralität.

Keratsow, der von der alten zarischen Regierung über-
nommene, bis zuletzt im Amte gebliebene Subminister, hat
sicherlich die der Entente unangenehme Bekanntheit der Ver-
träge zu hintertreiben verstanden. Er war der einzige in der
Provisorischen Regierung, der mit allen Schlägen der ge-
heimen Diplomatie genauestens vertraut war. Daher war
er für alle bisher unentbehrlich.

Stockholm, 18. November. Laut „Dagens Nyheter“ erzählten
aus Rußland eintreffende Schweden, daß in Petersburg in
den letzten Tagen viel Blut geflossen sei; besonders
die Kadetten seien zu Tausenden ermordet worden.
Nach der Zeitung „Kowaja Schina“ hat die Vereinigung der
Eisenbahner versucht, zwischen den kämpfenden Parteien zu
vermitteln. Das Blatt bestätigt die frühere Nachricht, daß General

Kaledin die Kohlendistrikte von Donetz besetzt
habe und dadurch einen Druck auf den gesamten Eisenbahnverkehr
ausübe.

Kopenhagen, 18. November. Niphus Bureau teilt mit, daß seit
gestern die telegraphische Verbindung mit Petersburg wieder her-
gestellt sei. Die wenigen Telegramme, welche einliefen, enthielten
jedoch nichts Neues über die Lage. Der Dienst durch das Peters-
burger Telegraphenbureau sei noch nicht wieder aufgenommen.

Stockholm, 18. November. Wie die übrigen russischen Ge-
sandten, weigern sich auch die hiesigen, die neue Petersburger Re-
gierung anzuerkennen.

Basel, 18. November. Nach einer Pariser Havasmeldung wird
dem „Echo de Paris“ aus Stockholm gemeldet: Ein Radiotelegramm
der vereinigten Regierung, das von Kurajew unterzeichnet worden
ist, meldet, daß Kerenski sich nach Petersburg begeben
habe. Die Nachrichten widersprechen sich noch immer.

Daß Kerenski sich den Bolschewiki ausgeliefert habe, ist
zunächst wenig glaubhaft. Wahrscheinlicher ist die Reuter-
meldung, daß Kerenski nach dem Mißglücken seines Zuges
gegen Petersburg sich der Gefahr, von den Bolschewiki ge-
fangen zu werden, durch die Flucht entzogen hat.

Der Vorstoß in die deutsche
Bucht.

Berlin, 18. November. In dem Gefecht während des
englischen Vorstoßes in die Deutsche Bucht am 17. 11. nahmen
auf englischer Seite außer einer größeren An-
zahl kleiner Kreuzer und Torpedobootszer-
störer noch einwandfreier Feststellung durch unsere Seestreit-
kräfte und Flugzeuge 6 Groskampfschiffe (Linienenschiffe
oder Schlachtskreuzer) teil. Der englische Seebefehlshaber wird
sich hierüber im Gegensatz zum amtlichen Bericht der eng-
lischen Admiralität, der nur von leichten englischen Streit-
kräften spricht, nicht im unklaren gewesen sein. Dem Vorgehen
der Engländer wurde unsererseits als bald mit ent-
sprechenden Kräften entgegengetreten, die
den Gegner zum Rückzug zwangen. Auf den feindlichen
Schiffen und Zerstörern wurde nach einwandfreier Beobach-
tung unserer Streitkräfte eine Reihe von Treffern erzielt.
Auch Flugzeuge von uns haben in das Gefecht eingegriffen
und die englischen Groskampfschiffe mit Bom-
ben belegt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Tod eines Reichstagsabgeordneten.

Filsit, 18. November. Der Reichstags- und Landtags-
abgeordnete Gutsbesitzer Fritz Gottschalk-Sauerwalde ist,
wie das „Tageblatt für Dänen“ meldet, gestern gestorben.
Gottschalk war Nachfolger des verstorbenen Grafen Kanig,
der im Jahre 1912 mit 10 082 Stimmen gegen 6216 nationalliberale
und 2964 sozialdemokratische gewählt worden war. Bei der Nach-
wahl am 23. August 1913 erhielt Gottschalk 6477 Stimmen, der
Nationalliberale 5908, der Sozialdemokrat 3248 Stimmen. Gott-
schalk gehörte wie Kanig der konservativen Fraktion an.

wir noch erheblich mehr andere Lebensmittel hatten? Ja, wenn es nicht anders sein könnte, wenn wir wirklich eine Kartoffelmaschine hätten, nun ja, da könnten wir von den Zentralbehörden nicht mehr verlangen, wie da ist. Aber wir haben eine Riesenkartoffelmaschine in fast allen Teilen des Reiches, und da ist es ein unerträgliches Gedanke, das Gefühl des Hungers herumzuschleppen zu sollen in dem Bewußtsein, daß die Ursache dazu nur darin liegt, daß die Behörden wiederum versagen. Sofortige Beschlagnahme der ganzen Kartoffelernte, sofortige Erhöhung der Kartoffelration, das ist das Gebot der Stunde!

Das Schindluderstück, das die Geldhamster seit drei Jahren getrieben haben, muß endlich ein Ende nehmen.

## Lloyd Georges letzte Stunde?

Rotterdam, 18. November. Die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London meldet, schreibt die „Westminster Gazette“ in einem Leitartikel über die am Montag zu erwartende Debatte im Unterhaus:

Vor allem muß es verstanden werden und der ganzen Welt klar gemacht werden, daß die Taten der Armee richtig verstanden und gewürdigt werden und daß das Volk hinter der Armee steht. Lloyd George spielte den Menschen, die uns verleunden, eine gefährliche Waffe in die Hand. Es ist jetzt an der Zeit, einen energischen Protest gegen diese Methoden vorzunehmen zu lassen. Wie wir hören, wird das Unterhaus das auch tun. Denn, wenn die Absichten der Menschen, die die Nation befreiten, auch noch so patriotisch sein mögen, die Wirkung ihres Verhaltens unter den jetzigen Verhältnissen kann nicht anders als unheilvoll sein. Die zweite Pflicht des Unterhauses würde sein, für die volle Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit zu sorgen. Alle jetzigen Minister sind in vollem Umfange für die Politik, die die Strategie vorschrieb, verantwortlich. Kein Mitglied des gegenwärtigen Kabinetts und am allerwenigsten der Premierminister kann sich davon losmachen, ohne sein eigenes Todesurteil zu unterzeichnen. Der Premierminister hat in Paris eine Sprache geführt, die in seinem eigenen Interesse und im Interesse des Landes nach jeder Richtung beleuchtet werden muß. Wenn die Rede mit Recht so auszuliegen ist, daß er in die während seiner Premierministerzeit erreichten Erfolge kein Vertrauen hat, so würden die Folgen auf der Hand liegen. Dann muß entweder Lloyd George zurücktreten, oder es muß unsere militärische Kraftanspannung aufhören.

Dieses Entwerfen—oder des sehr wichtigen liberalen Mattes lautet wie ein bereits unterschriebenes Todesurteil. Aus Frankreich kommen aber Stimmen, die den Versuch machen, auch aus dem bitteren Reiche, den der englische Premier vollgezogen hat, Honig für die Zukunft zu saugen. Der neue französische Minister des Äußern Bichon schreibt in seinem Blatt „Petit Journal“: Die Rede Lloyd Georges sei die schärfste und vollständigste Beurteilung der Kriegführung der Entente, die bisher ausgesprochen worden sei. „Lemps“ sagt, Lloyd George habe eine brutale Wahrheit ausgesprochen. Man brauche nicht zu fürchten, daß der Feind hierdurch ermutigt werde, denn er habe nicht abgemortet, bis die Entente ihre Fehler proklamierte, um sie zu seinen Gunsten auszunutzen. Die Entente habe ihre Fehler proklamiert, um sie wieder gut zu machen. Bisher hätten die Entente-Regierungen nach jedem Erfolge die umfangreichsten Erklärungen abgegeben, seien aber nach jedem Rückschlag einer Aussprache aus dem Wege gegangen. Man habe geglaubt, dadurch die Aufgabe der Regierungen zu erleichtern, habe aber tatsächlich damit die Unzufriedenheit des Volkes zurückgehalten, die die Regierungen zur Aktion hätte treiben können. Nach den Reden Lloyd Georges und Painlevés könne man diese Methode nicht mehr gebrauchen.

Auf die neue Methode darf man mit Recht gespannt sein. Sie wird für die Ententeimperialisten natürlich einzig in der Lösung der Frage bestehen, wie man trotz der Unzu-

friedenheit des Volkes, die jetzt nicht mehr durch Täuschungen zurückgehalten ist, den Krieg bis ins Endlose fortsetzen kann.

Diese Leistung wird von Clemenceau erwartet. In England aber soll sich nunmehr zeigen, ob Lloyd George der Spießgeselle des französischen Tigers sein will. Will er nicht, so wird Lord Northcliffe, der Ministermacher, einen andern auf die Bühne heben. Deutlich sagt der Londoner „Globe“ in seinem Leitartikel: Niemand ist unentbehrlich. Für Lloyd George könne so gut ein Nachfolger gefunden werden, wie er früher für Asquith gefunden werden konnte. Niemand würde eine Krise ins Leben rufen wollen, wenn dies nicht unbedingt notwendig ist. Lloyd Georges Los liegt in seinen eigenen Händen. Es liegt im Interesse seiner Freunde, ihn zum Verstand zu bringen, wenn sie dazu imstande sind. Wenn er aber bei dem Plane von Versailles bleibe, müssen wir Frankreichs Beispiel folgen.“ Das heißt also: ihn beiseite schieben wie jenseits des Kanals Painlevé beiseite geschoben wurde.

Der Londoner Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erwartet, daß Asquith am Montag mehr oder weniger im Geiste des Artikels der „Westminster Gazette“ sprechen werde. Das Unterhaus werde es zum erstenmal mit einer scharf umgrenzten Meinungsverschiedenheit zwischen Lloyd George und Asquith zu tun bekommen. In diesem Falle werde es schwer sein, zu sagen, was dann geschehen soll.

## Die erste Probe des Kabinetts Clemenceau.

Die Interpellationen für Dienstag.

Paris, 18. November. (Agence Havas.) Der konservative Abgeordnete Baudry d'Asson wird die neue Regierung über ihre allgemeine Politik, der geeinigten-sozialistischen Abgeordnete Meryas über die Führung und die Ziele des Krieges interpellieren.

Der Pariser Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Da die Partei der Radikalen nicht an der Bewegung teilnehmen wollte, welche mit Clemenceau nichts zu schaffen haben will, ist der Versuch, einen Block der Linksparteien gegen Clemenceau zusammenzustellen, diesmal mißglückt. Man glaubt allgemein, daß Clemenceau am nächsten Dienstag eine hinreichende Mehrheit erhält. Die Konservativen und die gemäßigten linken Wähler sind ihm günstig gesinnt. Die radikale, fortschrittliche und Gauchon freundliche Presse behält sich ihr Urteil vor und sagt, daß sie auf Laten warten will. Nur die Sozialisten bleiben unerkennbar im Widerstand. Sembat schreibt: Clemenceau besitzt verhängnisvolle Eigenschaften. Bei der ersten Gelegenheit werden diese in das hellste Licht treten. Man wird aber nur kurze Bekanntschaft damit machen. Wir werden unser Bestes tun, daß es damit bald vorüber ist.

Paris, 18. November. (Agence Havas.) Der Vizegouverneur der Bank von Frankreich, Charles Regent, wurde zum Unterstaatssekretär der Finanzen und der Abgeordnete Abraham zum Unterstaatssekretär für Mannschafsstände und Pensionen beim Kriegsministerium ernannt.

## Zwischen Piave und Brenta.

Wien, 17. November. Aus dem Kriegspressequartier wird vom 17. November abends gemeldet: Zwischen Piave und Brenta erglücken wir weitere Fortschritte.

Italienischer Heeresbericht vom 17. November. Von der Schlegener Hochfläche bis zum Meer hat der Gegner ohne Rücksicht auf seine Verluste seine Angriffe auf unsere Stellungen im Gebirge und seine Versuche, die Piavelinie in der Ebene zu bezwingen, erneuert. Unsere Truppen haben dem an Zahl überlegenen Feinde mit gleicher Zähigkeit eine tapfere Verteidigung entgegengekehrt und mit bewundernswürdigem Schwunge Gegenangriffe gemacht. Am gestrigen Tage haben sich Kämpfe vom Monte Fior bis zum Ronco Castel Comberio, an der Sperre von San Marino, auf dem Monte Prassolan nördlich von Cuneo und längs der Linie Rocca Cisa—Rante Cornella abgepielt.

In der Ebene hat der Gegner am Morgen einen Flußübergang zwischen Salettus! und San Andrea di

Barbarano erzwungen; unter dem Schutze heftigen Geschützfeuers gingen seine Truppen bei Busina und Sagare auf das rechte Ufer über. Die ersten wurden durch unsere Artillerie und durch einen geschmetternden Gegenangriff der Brigate Becco (Regimenter Nr. 265 und 268) vernichtet, die Ueberlebenden, nämlich 800 Soldaten und 10 Offiziere, gefangen genommen. Gegen die viel zahlreicheren, die an dem zweiten Ort übergegangen waren, wurde ein kräftiger einschneidender Stoß der 54. Division angeführt. Am Abend lagen viele tote Feinde auf dem Gelände, und wir führten ungefähr 600 Soldaten und 20 Offiziere als Gefangene zurück; die andern, gegen den Deich des Flusses gedrängt, wurden durch unsere Artillerie bearbeitet, die ihre Rückkehr auf das andere Ufer verhinderte.

In der Flussschleife von Benzon bi Biave hat der Feind sich auf einen immer stärker beschränkten Gelände behauptet. Am Unterlauf der Biave wird unsere Verteidigung von der Marine mit Flugzeugen, Landbatterien, schwimmenden Batterien und leichtem Seestreitkräften unterstützt. Begünstigt durch die Wetterlage hat die Tätigkeit unserer Flugzeuge tagsüber mit Vorteil auf feindliche Truppenversammlungen gelenkt werden können.

Bern, 17. November. Ueber Italien äußern die Militärkritiker der französischen Presse, daß die Entwicklung der Dinge seit einigen Tagen an der Biave stillstehe. Die italienische Front sei augenblicklich in drei Abschnitte geteilt. Der erste gehe vom Stilfer Joch bis zum Garbafec, der zweite vom Garbafec bis zur Piave. Dieser Abschnitt sei zurzeit der wichtigste. Die hier stattfindenden Kämpfe seien von ausschlaggebender Bedeutung für die Zukunft. Die Kämpfe an der unteren Piave bezweckten, die italienischen Kräfte zu binden, bis die Operation im Gelände vor Kriego durchgeführt sei.

„Secolo“ schreibt: Die in der Entwicklung begriffene Offensive ist sehr ernst und die Aufgabe der Kräfte, welche sich dem Vormarsche des Eindringlings entgegenstellen haben, eine der schwersten. Der Feind geht aus gewöhnlichen Stellungen und mit den wirksamsten Mitteln vor; man darf sich deshalb nicht wundern, wenn unsere Linien Verschiebungen erleiden sollten.

## Keine japanischen Truppen nach Europa.

Daka, 17. November. (Reuter.) Der japanische Finanzminister sagte in einer Rede, es sei durchaus unmöglich, japanische Truppen nach Europa zu senden. Die Alliierten würdigten diese Schwierigkeiten und hätten niemals darauf gedrungen. Die Japaner hätten ihre Bereitwilligkeit, der Sache der Verbündeten zu dienen, bewiesen durch Bereitstellung der Marine und durch Unterstützung in Schiffbau und Industrie und mit Geldmitteln. Die von Alliierten unmittelbar oder mittelbar geleistete finanzielle Hilfe belaufe sich gegenwärtig auf eine Milliarde Pfund Sterling. Es scheint also, daß es auch jetzt nicht sein wird mit dem Ententeplan nach japanischer Truppenhilfe.

## Militär gegen Sinnfeiner.

Bern, 18. November. Die englische Regierung verbot eine von den Sinnfeinern de Valera und Griffiths angekündigte Versammlung in Waterford, dem Hauptort des Wahlkreises des Nationalisten Redmond. Die Genannten wurden bei ihrer Ankunft von irischen Freiwilligen festlich empfangen und nach der Stadt geleitet. Der Versuch der Anhänger Redmonds, den Zug der Sinnfeiner anzugreifen, wurde durch ein starkes, mit Maschinengewehren ausgerüstetes Militär abgelehrt. Die Sinnfeiner hielten außerhalb der Stadtgrenzen eine Versammlung ab, wobei de Valera wiederum betonte, das Ziel der Sinnfeiner sei die Unabhängigkeit Irlands, und bedeutungsvoll hinzufügte, für die irische Freiheit werde heute an der italienischen Front ebenso gekämpft wie daheim.

## Kleine Kriegsnachrichten.

Russisch-holländische Handelsbeziehungen. Das Haager Korrespondenzbureau meldet: Der Minister für auswärtige Angelegenheiten hat der Zweiten Kammer mitgeteilt, daß die vorläufige russische Regierung in einer Mitteilung des Ministers des Äußern Terechikow an den niederländischen Gesandten in Petersburg den Handelsvertrag mit Holland vom September 1846 für den 1. Oktober d. J. gelündigt hat, und daß der Vertrag am 12. November außer Kraft getreten ist.

## Front — Religion — Politik.

Als vor einiger Zeit Paul Göhre in der bei Diederichs in Jena verlegten Monatschrift „Die Zeit“ die Frage des durch den Krieg getriebenen Verhältnisses der Geschlechter zueinander besprach, wandte sich in starkem Maße das Interesse unserer Parteipresse diesem Aufsatze zu. Er war ein Abgehen von der bis dahin fast allein beherrschten Verfassungstheorie, Frauenarbeit und ihre Konkurrenzgefahr gegenüber den Männern diesem Thema zugrunde zu legen, es also überwiegen ließ von der ökonomischen Seite zu behandeln, und zwar oft an Hand einer Fülle von statistischen Zahlen, die einen Artikel meist nicht schmackhafter machen. Göhre würdigte durchaus die sozialwirtschaftliche Bedeutung der Frage, allein hier schon ohne Heranziehung trockenen Stoffmaterials; doch das wertvoll Neue, das er gab, lag in der liebevollen psychologischen Stoffbehandlung. Er ging den vielartigen zwingenden und mit der Kriegsdauer noch immer neu aufgedeckten geistigen und seelischen Wandlungen im Verhältnis der Geschlechter zueinander nach, dabei vor allem erhellend die Veränderungen im sozialgeschlechtlichen Leben, im Liebes- und Sexualverhältnis zwischen Mann und Frau.

Nun hat der Lat.-Verlag seitdem ein Heft von 50 Seiten herausgebracht, das mit dem Titel „Front und Heimat“ den erwähnten Aufsatz Göhres und zwei weitere von ihm enthält, von denen ebenfalls zu erwähnen ist, daß sie viel gelesen werden. Sie handeln über „Front und Politik“ und „Religionspsychologisches aus dem Schützengraben“.

Um es vorweg zu sagen, Göhre, der warmreligiöse Mensch, der von sich selber sagt, daß ihm ohne das Bewußtsein, sich „einer leyten, ewigen, göttlichen Macht genandherstehend“ zu fühlen, „alles Leben, alle Menschenentwicklung völlig sinnlos“ erscheint, er glaubt, aus seinen Kriegserfahrungen heraus nicht, daß der Krieg die Menschen zur religiösen Bestimmung zurückführt. Von sich selbst sagt er, nur einmal, als er zum erstenmal ins Feuer kam, habe ihn bligartig ein selbstenlanger Wunsch: Weten! durchdrückt, aber sofort auch das Ent: Nein, es ist sinnlos! Und nie, während seiner ganzen Frontexistenz, sei ihm dann eine solche Bewegung wieder gekommen.

Von seinen Kameraden erzählt er in ruhiger Sachlichkeit, daß er zwei Offiziere fand, die ihm bekannten, daß sie zu Gott beten, — zwei! Einer davon erzählte ihm, daß er, als er mit seinem Zuge zur Unterführung schon im Feuer beständlicher Abteilungen dort, im Vorrücken in einer geschützten Reihe fünf Leute der vorderen Abteilungen getroffen habe, die laut beteten, — fünf! die Zahlen reden.

In seinem Zus. den er führt, hatte Göhre nur einen einzigen wirklich frommen Menschen, der betete. Er blieb gänzlich unbehellig, aber auch ohne jeden vorbildlichen Einfluß auf die Kameraden. Im Dunkel, in den Schreien der Kanonen, auf demselben Stroh mit den Leuten, in den Schützengraben im Unterland wurde viel erzählt, Helmsgedanken wurden ausgetauscht, Familienjorgen gebedichtet,

klagen über augenblickliche Verhältnisse vorgebracht, kameradschaftliche Scherze gemacht. Das religiöse Gebiet wurde dabei nie, nicht einmal von weitem, berührt. Selbst dann nicht, wenn die Nachricht von irgendeiner neuen Verwundung oder gar dem Tode eines Kameraden durch den Graben lief. ... So oft wir im Geleht lagen, oder auch nur in Reserve, aber dabei noch in der Feuer- und Gefahrene, nie, weder bei Tag noch in der Nacht, habe ich ein Wort von Gott, ein Gebet, gekühnweige einen Ewiglebensgedanken von meinen Leuten äußern hören. Dabei tat jeder von ihnen im Geleht seine volle Pflicht; ich hatte nie Drückerberger“ ... Man denkt unwillkürlich an das Wort, daß nur ein Christ ein guter Soldat sein könne.

Sinnlos nur ein Erlebnis, überraschend entgegengeleht: in den Schützengraben vor Grobo bei der Ablösung rheinisch-westfälischer Landwehr fand man Gräben wie Unterstände mit allerlei Heiligenbildern geschmückt, zum Teil betrieben mit griechisch-orthodoxem Stempel, Kreuzer und Weihrauchschalen auf dem Tisch, Kircheninsignien unter Glas und Rahmen usw. Göhre meint, „der Feldgeistliche wird ein Hauptverdienst daran gehabt haben. Wie freilich diese Situation auf die religiöse Bestimmung der Leute gewirkt, das konnte ich während der heißen Stunde der Ablösung natürlich nicht feststellen. ... Auf meine Leute machte auch dieser ... Schützengraben sichtlich leinerlei Eindruck: sie belächelten sich zuerst die Sachen, ließen sie unberührt, oder gingen alsbald gleichgültig an ihnen vorüber“ ... Viele Leute, mit denen Göhre seine Erfahrungen machte, waren 39—43 Jahre alter sächsischer Landsturm. Gelegentlich traf er auch einige Leute aus seinem Wahlkreise, ihm von daher bekannt als zuverlässige Beobachter; auch sie hatten von religiöser Bestimmung bei ihren Kameraden so gut wie nichts gespürt.

Auf Grund der gesamten Tatsachen, die Göhre draußen persönlich erlebte und schriftlich erzählt, kommt er zu dem Schluß: „Den Vätern bringt der Krieg und seine Erlebnisse keine sonderliche Veränderung ihrer religiösen Bestimmung, wie sie sie vor dem Krieg allmählich gewonnen hatten. ... Viele von denen, die mit der alten patriarchalischen christlichen Frömmigkeit hinausgingen, werden draußen an ihr eine stille, starke Stütze gefunden und behalten haben, aber eine bestimmte Anzahl unter ihnen wird an ihr draußen irre geworden sein. Diejenigen aber, die ohne Gott und religiöses Leben ins Feld zogen, sind auch im Felde gewirkt ohne Gott geblieben. Unter ihnen wird nur eine kleine Gruppe sein, die sich während des Krieges und durch den Krieg zu neuem religiösen Leben durchdrangen. Wer aber als religiöser Gebliebter und Suchender hinauszog, kommt auch gewiß als solcher zurück. Gerade religiös geblieben, ist der Krieg der allerungeeignete Problemfelder“

Diesem Urteil gibt Göhre die überzeugende psychologische Begründung aus den Tatsachen der Frontverhältnisse und aus ebenso zwingenden Erwägungen der religiösen Lage unseres Volkes kurz vor dem Kriege. Wie er die Berechtigung seiner Schlussfolgerungen aus Einzelstaten auf das Allgemeine ausweist und was

er daneben an seinen Gedanken über Religion und die besonders Veranlagung der Einzelnen zu ihr einstreut, darin folgt man ihm nicht. Und wo man ihm zeitweilig schon aus selbstgewonnener eigener Auffassung mit lebhaftem Ja! beistimmt, hat man doch das Gefühl: solche Gedanken müssen erst ausgesprochen werden, ehe sie einem als wahr und natürlich zum Bewußtsein kommen.

Gleich bemerkenswert sind seine Ausführungen über das Verhältnis zwischen Politik und Feldsoldaten. Meistens vermitteln uns ihre Ansichten darüber nur Heimkrieger ohne Felderfahrungen, und ihre Spekulationen anstellen und sie selbst und ihre politischen Anschauungen mit den Frontkämpfern identifizierten.

„Bietet nur, wenn es die aus den Schützengraben wieder nach Hause kommen!“ das ist die Drohung, mit der Partei gegen Partei und Richtung gegen Richtung einander aufspießt. Göhre tut manchen von ihnen viel Wasser in den Wein; und wenn auch hier wieder seinen Erfahrungen andere, ganz entgegengelehte gegenüberstehen, weil Verhältnisse und Menschen bei den unendlichen Truppenmassen doch zu verschieden sind, so dürfte es doch schwer halten, seinen Ausführungen irgend etwas Wesentliches von ihrer Bedeutung zu nehmen. Sein Urteil lautet kurz zusammengeleht: Die Kenntnis der politischen und parteipolitischen Vorgänge im einzelnen und damit das Interesse an der Politik daheim ist unter den Kämpfern im Grunde überraschend gering, und zwar desto geringer, je länger einer bereits Soldat ist. Zu völlig und zu lange andauernd zerstreut bei den weissen im Felde die Häden, die sie vielerleht für die Anfangszeit noch mit der Heimatpolitik verbinden. Die Göhre das in großen begründet, seine Schilderungen, wie im allgemeinen politische Orientierungsmöglichkeit und körperliche Fähigkeit dazu verdrumpft und verliert in der Abgeschliffenheit von der Heimat, in der Aufregung und Anstrengung des Dienstes und Kampfes, in der vollständigen Inanspruchnahme von dem, was Lippert die primitive Lebensfürsorge nennen würde, in einer Reihe anderer durchaus einleuchtender Geminnisse, denen auf die Dauer höchstens einzelne in jeder Kompanie nicht erliegen, das alles wirkt überzeugend. Wohl beherrichte die Leute eine starke Sehnsucht nach bürgerlich-politischer Betätigung, nach Heimat, nach raschem Sieg und Frieden; aber diese Sehnsucht sei ganz Zukunftsrederei. Der Mann ist instinktiv und elementar nur von einem Doppelten erfüllt: Deutschland darf nicht kaputt gehen, eber die andern; und: Nach dem Kriege muß es zu Hause anders, ganz anders werden, als es vor dem Kriege war. ... In dieser geistigen Verfassung wird er heimkommen. ... Und entscheidend wird für ihn sein, welche der Parteien ihm nach allem am geeignetsten erscheint, ihm in dem sätteren Vorkampfl, der dann doppelt erbitert bevorsteht, am wirksamsten und unermüdetlichsten zu helfen und zu vertreten. ... Die Partei also, die im Verlauf des Krieges in volkstümlicher Bestimmung, im Kampf gegen den Feind, in der Steuerpolitik, in der Volkserziehung, in der Erziehung neuer freierbürgerlicher Rechte die bestmögliche, gradlinigste und fruchtbarste Politik getrieben hat, wird nach dem Kriege die Repräsentantin der Masse der Frontkrieger sein.“

# Rußland und die deutsche Sozialdemokratie.

## Keden von Ebert und Scheidemann.

**Eberfeld, 18. November.** (Eig. Drohbericht des „Vorwärts“.) In der wegen Ueberfüllung gesperrten Stadthalle, vor mehr als 2000 Personen, sprach heute hier der Reichstagsabgeordnete des Kreises, Genosse Fritz Ebert, über „Sozialdemokratie, Verständigungsfrieden und Volksrechte“. Der Andrang war so gewaltig, daß viele Tausende umkehren mußten. In seiner Rede, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde, kam Ebert auch auf die russischen Vorgänge zu sprechen, über die er u. a. ausführte:

Die russische Revolution ist durch die Friedensbereitschaft der Mittelmächte stark beeinträchtigt worden. Allerdings hatte sich die bisherige Regierung aus den Fesseln der Entente nicht frei gemacht. Der Sieg der Arbeiter- und Soldatenräte aber ist der Sieg des Friedenswillens, und die neue Regierung hat die Geheimverträge mit der Entente für null und nichtig erklärt. Die Antwort der Mittelmächte auf das Friedensangebot der Arbeiter- und Soldatenräte kann nicht zweifelhaft sein. Die Antwort muß bejahend sein, und zwar unabweislich. Die Frage, ob die gegenwärtige Regierung im Namen Rußlands handeln kann, kann dabei nicht entscheidend sein. Heute gibt es in Rußland keine andere Macht, als den Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte. Jede Regierung, wie sie auch zusammengesetzt wäre, ist heute in Rußland unmöglich, wenn sie einen Frieden im Sinne der Reichstagsentscheidung ablehnt. Jedenfalls wird die deutsche Arbeiterpartei ihre Pflicht voll und ganz erfüllen. Sie wird es als ihre Ehrenpflicht betrachten, den Kampf der russischen Revolution zu stärken und die Erfolge der Demokratie mit ganzer Kraft zu festigen.

In der Diskussion sprach Abg. Vogtherr von den Unabhängigen, der schon am Vormittag desselben Tages in einer sozialdemokratischen Versammlung in Solingen unserem Redner entgegengetreten war. In der Hauptsache aber konnte auch er — abgesehen von den üblichen Ausfällen — die Gedankengänge unseres Redners wiederholen. Eine Resolution, die den Ausführungen Eberts entsprach und von unseren Parteigenossen eingebracht war, wurde von der Versammlung, an der zahlreiche Anhänger der Unabhängigen teilnahmen, mit großer Mehrheit angenommen.

**Dresden, 18. November.** (Eig. Drohbericht des „Vorwärts“.) Die Anschlagssäulen sind voll von Riesenplakaten, in denen für Dienstag eine Versammlung der Vaterlandspartei mit Leipzig als Redner angekündigt wird. Die bombastische Reklame der Gegner hat aber einwirken nur auf die Gegenveranstaltung der Sozialdemokratie stimulierend gewirkt, die heute einen wahrhaft glänzenden Verlauf nahm. Die 6-7000 Besucher, die den Hirsau Sarajani füllten, empfingen unseren Redner, den Genossen Scheidemann, gleich bei seinem Eintritt mit demonstrativem Beifall. Seine Rede fand brausende Zustimmung, die stürmischste dort, wo sich Scheidemann mit den alldeutschen Kriegsverlängerern auseinandersetzte. Nicht minder allgemeinen Beifall fanden die Ausführungen des Redners, die sich mit den Vorgängen in Rußland beschäftigten. Scheidemann sagte:

Alle Stimmungs- und Regierungswechsel, die sich in England und Frankreich vollzogen oder vorbereiten, sind von geringer Bedeutung gegenüber dem, was jetzt in Rußland geschieht. Dort entscheidet sich die Zukunft Europas Jahrzehnte, vielleicht Jahrhunderte über den Krieg hinaus. Wird Rußland in dem ungeheuren Umwälzungsprozeß, in dem es sich befindet, auf dem Weg des Militärraates gedrängt, dann können wir mit allen Plänen von allgemeiner Abrüstung und dauernden Frieden empfinden. Umgekehrt wird Rußland eine friedliebende Demokratie und betritt Deutschland dieselbe Bahn, dann gibt es keine Nacht mehr, die den Frieden des europäischen Kontinents, ja den Frieden der ganzen Welt stören könnte. Ein Zusammenstoß ungeheurer militärischer Kräfte wie wir ihn jetzt erleben, ist dann undenkbar und ein friedliches Aufblühen der Völker Europas ist gesichert. Darum widerstreben wir allen Annegionsplänen auf das allerentschiedenste, von östlich gerichteten nicht weniger entschieden als den westlich gerichteten. Wir freuen uns darüber, daß die Völker Deutschlands und Oesterreich-Ungarns mit einer einstimmigen grenzenden Heberei einmütig alle polnischen Königs-, alle karäibischen Herzogs- und litauischen Fürstentümer so gründlich abgelehnt haben, daß an ihre Wiederherstellung nicht zu denken ist. Wir wollen uns mit dem russischen Volk darüber verständigen, in welcher Form den Völkern der besetzten Gebiete die Freiheit gegeben werden soll, die ihnen niemand vorenthalten will. Wir fordern einen Ausgleich der Interessen, bei dem auch die Lebensinteressen Rußlands nicht nach dem Recht des augenblicklichen Siegers mißachtet werden dürfen. Denn sie mißachten hieße dauernde Feindschaft zwischen Deutschland und Rußland säen und den Krieg in Europa verewigen.

Die Vorgänge in Rußland bieten uns die Hoffnung, daß nun auch dort der Friedenswille des Volkes die Herrschaft antritt und sie dauernd behauptet wird. Von den Bolschewiki trennt uns manches und nie werden wir glauben, daß die Methoden, die sie für richtig halten, und die für Rußland vielleicht die richtigen sind, in allen Ländern der Welt schematisch zur Anwendung gelangen sollen. Was uns aber mit ihnen verbindet, das ist die Gemeinsamkeit des sozialistischen Endziels, und das ist im besonderen der leidenschaftliche Wunsch, mit allen zweckdienlichen Mitteln auf die Beendigung des unsinnigen Völkermordens hinzuwirken. In den russischen Richtungsstreit mischen wir uns nicht ein, aber die Sache des Friedens ist die Sache aller internationalen Sozialisten, aller zum Klassenbewußtsein erwachten Arbeiter in der ganzen Welt und zu dieser Sache stehen wir mit jedem, der das gleiche Ziel verfolgt, bis zum äußersten.

Eine Resolution wurde eingebracht, die sich im Sinne des Reichstagsbeschlusses vom 19. Juli für einen Frieden der Verständigung ohne wirtschaftliche, finanzielle und politische Vergewaltigungen ausspricht und zum Schluß erklärt:

Die Versammlung begrüßt die Erregenschaften der Arbeiter in der russischen Revolution und wünscht ihnen weiteren Erfolg bei ihrer schwierigen Aufgabe. Sie verurteilt die russischen Klassen-genossen ihrer Solidarität und stimmt der Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand zur Vorbereitung eines demokratischen Friedens zu, der sowohl für Deutschland wie für alle anderen Länder die freie wirtschaftliche Entwicklung sichert.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Die Annahme dieser Entschließung erfolgte durch die Riesenversammlung, in der auch bürgerliche Elemente zahlreich vertreten waren, nahezu einstimmig — gegen etwa 20 Stimmen.

Es bleibt bei der Eisenbahnverwaltung. Die Nachricht des „Berl. Tagebl.“, daß die Eisenbahnverwaltung den vernünftigen Einsinn geübt habe, den 100prozentigen Schmelzungsanspruch wieder aufzuheben, wird von W. L. B. für falsch erklärt. Die Eisenbahnverwaltung hat diesen vernünftigen Einsinn nicht gehabt.

**Professoren gegen die Deutsche Vaterlandspartei.** Im Hinblick auf das bevorstehende öffentliche Hervortreten der Vaterlandspartei in Gießen geben elf Lehrer der Universitätsstadt Gießen, die verschiedenen politischen Parteien angehören, folgende öffentliche Erklärung ab: „Wir verkennen nicht, daß die Vaterlandspartei von patriotischen Absichten geleitet wird, müssen aber ihre Tätigkeit, welche, wie die Erfahrungen der letzten Wochen zeigen, durch Vermehrung der inneren Erregung nicht den Parteifrieden, sondern den Parteikampf gefördert hat, für das öffentliche Wohl als schädlich bezeichnen.“

**Zentrum und Vaterlandspartei.** Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht immer wieder mit Nachdruck in die Trompete, wenn ein Zentrumsmann der Deutschen Vaterlandspartei als Mitglied beitrifft. So wird jetzt konstatiert, daß der Geheim Oberregierungsrat und Mitglied der Zentrumsfraktion des preussischen Landtags, Dr. Voennisch, diesen großen Schritt getan hat. Sorgfältig wird auch die Tatsache registriert, daß eine Versammlung des Vorstands des Trierschen Bauernvereins beschlossen hat, den Beitritt des Präsidenten dieses Vereins zur Vaterlandspartei zu billigen. — Was Geistes Kinder diese Zentrumskräfte sind, geht wohl am besten daraus hervor, daß sie gleichzeitig einstimmig beschlossen haben, die Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen zu mißbilligen.

**Aus der Sonntagspredigt der „Kreuzzeitung“.** „Die Zahl der Ingezogenen wächst mehr noch die der Aermütigen und Schwachen. Ihr Geschrei nimmt überhand. Nicht einmal vor den unerschrockenen Siegen bei Riga und in Jastotsch ist es verstummt. Ein Jubelruf hätte Deutschland durchklingen müssen bei diesen Vorfällen. Es ist still geblieben. Christliche Brüder seid ihr nicht, summe Hunde, sondern Propheten der Gnade Gottes.“

Durch ein falsches Komma ist den „Kreuzzeitungs“-Seiten einmal doch gesagt worden, daß sie keine christlichen Brüder sind.

## Gewerkschaftsbewegung

### Neue Verhandlungen über die Teuerungszulage der Schneider.

Die Berliner Herrenmähnschneider hatten kürzlich erklärt, daß sie mit den Teuerungszulagen, die durch die Verhandlungen der beiderseitigen Zentralinstanzen vereinbart wurden, nicht zufrieden sind. Diesem Standpunkt haben sich nun auch die Militär- und Lieferungs Schneider angeschlossen. Die Forderung am Sonnabend in einer Versammlung dieser Branche mitteilte, gestattete der Zentralvorstand des Arbeitgeberverbandes seiner Berliner Mitgliedschaft, wegen anderweiter Festsetzung der Teuerungszulagen mit den Berliner Schneidern zu verhandeln. Der Zentralvorstand der Arbeitgeber hat sich jedoch bereit erklärt, in Jena erneut in Verhandlungen wegen der Berliner Forderungen einzutreten. Die Verhandlungen sollten am 20. November beginnen. Inzwischen hatten die Berliner Schneider bereits in den einzelnen Geschäften ihre Forderungen gestellt und den Kriegsausschuß wegen Abgabe eines Schiedsspruches angezogen. Dieser Schritt wird wegen der Jenaer Verhandlungen nicht rückgängig gemacht werden. Sollten diese — was sehr zweifelhaft ist — die Berliner Kollegen zufriedenstellen, dann würde sich die Verhandlung vor dem Kriegsausschuß erledigen. Ergeben die Jenaer Verhandlungen kein befriedigendes Resultat, dann wird man den Schiedsspruch des Kriegsausschusses herbeiführen.

### Aus dem Kriegsausschuß Groß-Berlin.

Die in einem früheren Bericht bereits erwähnte Differenz der Zimmerer der Flugzeugmeisterei Adlershof ist nunmehr erledigt. Die Zimmerer erhalten sofort 10 Pf. mehr und ab 17. November d. J. weitere 10 Pf. unter Weiterzahlung der bisher schon gezahlten Jahrgeld- und Jahrgeldzuschläge, so daß ab 17. November d. J. inkl. der Jahrgeld- und Jahrgeldzuschläge für die Stunde mindestens 1.82 Pf. gezahlt wird.

In dem gleichen Betrieb fordern die Kupferstämme eine Erhöhung ihrer Verdienste. Nach längerer Beratung entscheidet der Kriegsausschuß dahin, daß der Betrieb den Kupferstämme soweit entgegenkommt mit den Akkordpreisen usw., daß diese die Möglichkeit haben, 2.50 Pf. für die Stunde zu verdienen.

Von der Firma Schw. Iamen Dreher und forderten die Regelung folgender Differenz: Eine bestimmte Arbeit ist bisher aus Stangenmaterial hergestellt. Diese Arbeit soll jetzt aus Rohguss gemacht werden. Dies erfordert nach Meinung der Dreher eine Mehrarbeit und wollen sie deshalb auch eine höhere Bezahlung des Arbeitslohns. Die Firma glaubt, daß dadurch, daß die ganze Arbeit nicht mehr aus dem Vollen hergestellt werden braucht, das Mehr, das auf der anderen Seite an Arbeit entstanden ist, aufgehoben wird. Da eine vollständige Verständigung zunächst nicht erzielt werden konnte, entscheidet der Kriegsausschuß dahin, daß die Firma entweder die alte Methode der Herstellung beibehält oder aber den Dreher den Rohguss liefert, daß sie bei der neuen Methode keinen Verdienstaufschlag durch mehr Zeitaufwand haben. Bis zur Entscheidung über diese Frage muß natürlich den Dreher ihr bisheriger Verdienst gesichert bleiben.

Von der Firma L. u. G. Berlin kam der Schmie A. und wollte einen Abbleichern wegen zu geringen Lohnes. Bei den Verhandlungen hierüber stellte sich heraus, daß die Firma, als der Schmie erkrankt seinen Abbleichern forderte, weil ihm eine Lohnzulage abgelehnt war, den Mann bei der Militärbehörde als abbl. m. l. i. c. gemeldet hatte, so daß er erwarten kann, daß er anstatt einer Lohnerrhöhung demnächst eine Kriegsbeurteilung erhält. Der Schmie erklärte, daß dies bei der Firma des älteren geschieht. Somit jemand eine Lohnerrhöhung haben will, wird ihm gedroht, wenn er zu dem bisherigen Lohn nicht arbeiten will, werde er der Militärbehörde gemeldet. Der Kriegsausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß dem Mann sofort ein Abbleichern zu geben ist, damit er sich bei einer anderen Firma Beschäftigung suchen kann und damit wahrscheinlich die unzulässige Mahnung der Firma L. u. G. durchkreuzt wird.

Ein besonders kniffliger Fall wurde bei der Firma W. B. I. o. w. - fraker, festgestellt. Diese Firma fertigt Signalinstrumente für die Militärbehörde an. Der Firmeninhaber hat den Instrumentenmacher A. aus Böhmen geholt und beschäftigt ihn in einem Verdienst von 75 Pf. für die Stunde. Von diesen 75 Pf. soll der Mann in Berlin leben und außerdem seine Familie in Böhmen unterhalten. Daß dies schlechterdings unmöglich war, sah man dem Manne, der dies bereits eine Reihe von Wochen hindurch verübt hat, an, denn der Instrumentenmacher sah geradezu erbarmungswürdig aus. Auf Vorhalt an die Firma, wie sie es dem Arbeiter zuzumuten könne, zu diesem Preise zu arbeiten, erklärte der Vertreter der Firma, daß er von der Behörde, für die er arbeitet, so mächtige Zusicherungen bekommen habe, daß er nicht in der Lage sei, dem Instrumentenmacher mehr an Lohn zu geben. Diese letzte Angabe konnte der Kriegsausschuß nicht nachprüfen, sollte es jedoch der Fall sein, dürfte es dringender erforderlich erscheinen, daß die Militärbehörde für die an diese Firma gegebenen Aufträge die Preise so erhöht, daß den Arbeitern dieser Branche ein Lohn gezahlt werden kann, der es ihnen einigermaßen ermöglicht, dabei existieren zu können. Der Arbeiter erhielt natürlich sofort den Abbleichern.

## Otto Emil Freytag gestorben.

Hoch betagt, im Alter von 82 Jahren, ist am 16. November der Vorsitzende des sächsischen Anwaltsvereins Otto Emil Freytag gestorben. Als Verteidiger und Volkswortführer hat Freytag in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie eine nicht geringe Rolle gespielt. Im Jahre 1867 war der junge sächsische Demokrat neben Wobler in den Vorstand des Verbandes der Arbeitervereine gewählt worden, fünf Jahre später finden wir ihn als sozialdemokratischen Abgeordneten in der Zweiten sächsischen Kammer wieder, wo er namentlich in den Debatten über die Justizverwaltung hervortritt und nach dem Scheitern des Sozialistengesetzes dessen Ausführung durch die königlich sächsischen Polizei- und Justizorgane nach Verdienst an den Pranger stellt.

Seinen Hauptberuf fand Freytag aber darin, als Rechtsanwalt Schützer der Armen und der Verfolgten zu sein. In zahlreichen Prozessen errang er seinen Ruhm als schneidiger Verteidiger, und die Mittel, die er durch seine sonstige reiche Anwaltsstätigkeit gewann, verwendete er zum Teil dazu, die Familien der Verfolgten zu unterstützen. Er war einer der besten Helfer der Bewegung in der Zeit des „Geheimes“.

Geschäftlichen Ruf gewann er durch die Verteidigung Bebel's, Liebknecht's und Heyners im großen Hochverratsprozeß von 1871, die er gemeinsam mit seinem vor ihm verstorbenen Bruder Bernhard führte. Dabei war er sich nicht nur seiner Pflicht gegenüber seinen Klienten, sondern auch seiner politischen Pflicht bewußt, indem er hartnäckig gegen die spießbürgerliche Legende kämpfte, die drei Unflügler seien des Landesverrats angeklagt. Noch vor Beginn der Verhandlung veröffentlichte er eine Erklärung, in der er auf den Unterschied zwischen Landesverrat und Hochverrat hinwies und betonte, daß Bebel's und Liebknecht's Verhalten in der Kriegsfrage im ganzen Verfahren auch nicht nebenächlich eine Rolle spielte.

Als im Jahre 1878 Hübner wegen seines Attentats auf Wilhelm I. vor die Richter kam, wünschte er sich Freytag als Verteidiger. Dieser war auch bereit, anzunehmen. Aber die Justiz hatte mit der Aburteilung der Hinrichtung des Attentäters solche Eile, daß Freytag sogar die Möglichkeit genommen wurde, die Akten zu studieren. Die Verteidigung wurde also bereitwillig, zugleich aber auch der Einblick eines sozialdemokratischen Anwalts in die Hintergründe des Attentats. Auf andere Weise wäre auch das Sozialistengesetz vielleicht nicht durchzubringen gewesen!

Von der parteipolitischen Tätigkeit zog sich Freytag mehr und mehr zurück, nicht weil er seine Ueberzeugung geändert hätte, sondern weil ihm sein Anwaltsberuf vollständig fehlte. Als er im vorigen Jahre sein 80jähriges Anwaltsjubiläum feierte, lehnte er alle offiziellen Auszeichnungen ab. Höher als 80 Jahre er den Dank seiner zahllosen Schützlinge, vor allem aus der Arbeiterbewegung, der ihm über das Grab hinaus gewiß ist.

## Um das Reichswirtschaftsamt.

Es wird andauernd mit größter Bestimmtheit versichert, daß die Rücktrittsabsichten des Staatssekretärs Dr. Schwander einzig und allein auf persönliche Rücksichten zurückzuführen seien und daß sie mit politischen Gründen gar nichts zu tun hätten. Herr Schwander sei mit seinen sozialpolitischen Absichten auf keinerlei Widerstand gestoßen, halte sich aber für sein neues

Amt körperlich nicht für leistungsfähig genug. Darum und nur darum soll sein Rücktritt nach der Wiederkehr des Kanzlers aus München mit Bestimmtheit zu erwarten sein.

Wie dem nun immer auch sein mag, auf jeden Fall schafft das Ausscheiden Schwanders aus dem Amt große unvorhergesehene Schwierigkeiten. Man hat den Namen des Herrn Stein v. Altenstein als einen genannt, der für die Nachfolgerschaft in Betracht käme, das hieße eine sozialpolitisch scharf umrissene Persönlichkeit durch einen bisher farblosen Beamten ersetzen. Gerade aber an die Spitze des Reichswirtschaftsamts gehört eine schöpferische Kraft, ein Mann, der voll der großen Ideen seiner Zeit ist und rastlos darauf ausgeht, das von ihnen sofort Verwirklichtbare zur Ausführung zu bringen.

Ein großer Teil der Programmrede, die Genosse Scheidemann auf dem Würzburger Parteitag gehalten hat, bildet gerade für das Reichswirtschaftsamt ein ausgezeichnetes Programm. Das Reichswirtschaftsamt muß den sozialistischen Gedanken in sich aufnehmen und ihn zum Leitgedanken seiner gesamten Tätigkeit entfalten. Das heißt natürlich nicht, daß schematisch vorgegangen werden soll, um die Wirklichkeit nach einem Ideenbild umzuformen, unbekümmert darum, wie die Folgen von der Bevölkerung empfunden werden. Das Reichswirtschaftsamt soll aber der Gedankenwelt des Sozialismus unparteiisch und verständnisvoll genug gegenüberstehen, um aus ihr Anregung und Bestätigung für seine große Arbeit schöpfen zu können, und es soll sich radikal frei machen von dem landläufigen Beamtenvorurteil, das Kapitalisteninteresse und Allgemeinwohl einander gleichsetzt.

Niemand kann sagen, daß Herr Schwander in diesem Sinne der ideale Leiter des Reichswirtschaftsamts gewesen wäre: man kann es heute kaum noch annehmen, sonst hätte ihn die ungeheure Aufgabe, die er jetzt fallen läßt, stärker gereizt. Aber einen gewissen Nachfolger für ihn zu finden, wird nicht leicht sein. Die Gefahr, daß das bedeutungsvolle Amt von einem einflusslosen oder schwachen Leiter zum Lummelplatz wirtschaftlicher Klageninteressen gemacht werden könnte, liegt nahe genug. Ein Sozialdemokrat würde aber bei der gegenwärtigen Parteikonstellation fürchten müssen, nicht die genügende Bewegungsfreiheit zu haben, um vor seiner Partei und seiner Idee in Ehren bestehen zu können. Danach käme für das Amt in erster Reihe wohl eine sozialpolitisch fortgeschrittene Persönlichkeit außerhalb der Parteien in Betracht, also ein Mann von einer Sorte, von der in Deutschland leider nicht allzu viele zu finden sind.

## Zur Reichstagswahlwahl in Bauen.

Nachdem Großadmiral v. Tirpitz die Kandidatur in Bauen abgelehnt hat, ist der konservative Justizrat Herrmann nunmehr diesem Beispiel gefolgt, und schließlich bleibt von den rechtsstehenden Parteien tatsächlich nur die Kandidatur des antisemitischen Glasermeisters Weglich-Dresden übrig. Die Parteien der Rechten werden sich schließlich für diese Kandidatur erklären, in der Erwartung, auf diese Weise die Wiederherstellung des Burgfriedens zu erzielen. Diese Hoffnung muß allerdings fehlschlagen, denn die Sozialdemokratie hat nicht den geringsten Anlaß, etwa ihre Kandidatur zugunsten eines antisemitischen Kriegstreibers zurückzugeben.

# Groß-Berlin

## Bürgermeisters Sonnenschirm.

„Es kann sich um 4 oder 6, höchstens um 8 Schirme handeln. Ist es in dieser schweren Kriegszeit zuviel von der Bevölkerung verlangt, diese kleine Unbequemlichkeit auf sich zu nehmen?“ (Bürgermeister Dr. Meide in der Stadtverordnetenversammlung.)

Ist es dem Herrn Bürgermeister nicht bekannt, daß schon das Mitnehmen von Sonnenschirmen genügt, um die schwersten Unwetter heraufzubeschwören?

Derselben Quelle, der die englischen und französischen Minister wie unsere Wälder ihre besten Nachrichten verdanken, entnehmen wir die folgende Schilderung der Dinge, wie sie sich bis zum Ende 1917 abspielten:

„Zu Anfang Dezember stellten sich die ersten Wirkungen des bürgermeisterlichen Winkens mit dem Sonnenschirm ein. Alle Schneewolken der Erde schienen sich auf das Ziel „Berlin“ geeinigt zu haben; unheimliche Massen der weißen Himmelsgebilde senkten sich auf die Straßen und Plätze der armen Stadt, die geradezu nach der „freiwilligen Zwangsheranziehung“ ihrer Anwohner zum Zwecke der Reinigung schrien.

Die städtischen Hilfskräfte reichten natürlich nicht, da diese — schon in Würdigung der nur mühsam gebändigten Arbeitsmut des Berliner Volkes — eine eiserne Aube in ihren Verrichtungen bewahrten. Da die engere Herantastung der Berliner Jugend auch nur durch die Stiefelsohlen geht, war der kritische Moment gekommen.

Der Kampf, sorgfältig in Portierstuben durch Anlegung von Listen hauswirtschaftlicher Vieblinge vorbereitet, entbrannte. Die „Gewächsten“ roiterten sich in den Korridoren und Handgängen unter dem Schlächtruf: „Warum denn gerade ich!“ zusammen. Dieser Kampf, der schließlich die Gemüter sämtlicher Häuser in Mitleidenschaft zog, blieb nicht lokal beschränkt, er wurde hinaus auf die Straßen getragen.

Zu guter Letzt ging die kochende Volkseele dazu über, die ihr anvertrauten Schippen und den amüßlich zu eisernen Schnee zum Auswerfen von Schützengraben zu denken.

Die Polizei war mit Eifer bei der Sache und schon wanderten die ersten Gefangenenzüge in der Richtung Roabit. Am nächsten wurde vor dem weiten Blau vor dem Reichstage geschauert, und wie es hieß, waren ein Teil der schippenden Abgeordneten drauf und dran, jene berüchtigte Mehrheit zu bilden, die jedem echten Patrioten ein Dorn im Auge ist.

In diesem Moment der höchsten Spannung kam die Rettung.

Herr Dr. Helfferich, weiland Vizelandes, erklärte im Auftrage der J.C.S. den Schnee für einen Artikel, der unter die Bestimmungen über Höchstpreise falle!

Worauf binnen kurzem aller Schnee von der Bildfläche verschwunden war...

Welche Darstellung nur geeignet sein kann, unsere Ansicht über die Gefährlichkeit von Sonnenschirmen zu bekräftigen.

## Bahn frei für Groß-Berlin!

Der Bürgerausschuß Groß-Berlin, der das Zustandekommen eines wirklichen Groß-Berlin fördern will, bean-

staltete am Sonntag eine öffentliche Versammlung im Julius-Buch. Sie war von rund 2000 Männern und Frauen besucht. Unter den Teilnehmern sahen wir Mitglieder der Gemeindevorstellungen Groß-Berlins und Vertreter von Organisationen des Handels und Gewerbes auch von Arbeiterorganisationen.

Der Vorsitzende des Bürgerausschusses, Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg, bedauerte in seiner Eröffnungsansprache, daß durch eine irrtümliche Zeitungsnachricht über angeblich vom Oberkommando dem Bürgerausschuß für diese Versammlung beabsichtigte Schwierigkeiten wahrscheinlich noch viele Personen von Besuche abgehalten worden seien. Neben dem Thema: „Was will der Bürgerausschuß Groß-Berlin?“ sprachen vier Redner. Der Präsident des Handelsbundes, Reichstagsabgeordneter Kieker, schilderte die Verwaltungsschwierigkeiten der Wirtschaft in Groß-Berlin und die gegen Berlin betriebene Isolierungspolitik der Regierung. Groß-Berlin müsse endlich heraus aus dem Kraft und Geld verbrauchenden kommunalen Krieg aller gegen alle, der den einzelnen Gemeinden schwere Nachteile auf wirtschaftlichem, sozial-politischem und kulturellem Gebiete bringt. Der Bürgerausschuß fordert für die Lösung der Gemeinschaftsaufgaben der Gemeinden Groß-Berlins eine Verwaltungsgemeinschaft, die im Gegenzug zum Zweckverband auf direktem Bahnen der Bürgerschaft beruht. Redner forderte Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und wies auf den Zusammenhang mit der Neuordnung im Reich hin. Landtagsabgeordneter Meyer, Syndikus der Handelskammer Berlin, betonte, daß der Bürgerausschuß die von der Regierung verbotene Zusammenfassung Groß-Berlins auch ohne Eingemeindung erreichen zu können hofft. Er richtete ein besonderes Verbot an die Kreise von Handel und Industrie, denen ein einseitiges Groß-Berlin manche Erleichterung bringen könne. Als Vertreter des Handwerks sprach Obermeister Kahardt, Vorsitzender der Handwerkskammer Berlin. Er erwartet von einem einseitigen Groß-Berlin eine einseitige Regelung der Bauordnung, des Kleinwohnungsbaues, des Verkehrswezens, des Hoch- und Fortbildungsschulwesens und fordert Reform der Vergütung kommunaler Arbeiter unter Gewährleistung angemessener Preise. Von welcher Bedeutung das Zustandekommen eines wirklichen Groß-Berlin für die Arbeiterklasse wäre, zeigte Reichstagsabgeordneter Genosse Bauer, zweiter Vorsitzender der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands. Die kommunale Zersplitterung erschwert die Besserung des Wohnungs- und Verkehrswezens, unter dessen Minderwertigkeit besonders die wertvolle Bevölkerung leidet. Sie hindert die wünschenswerte Zusammenfassung der Arbeitsnachweise in Groß-Berlin und begünstigt die für die Arbeiter so lästige Zersplitterung des Arbeitsmarktes. Auch die Steigerung der Schul- und Armenlasten für die vorwiegend von Arbeitern bewohnten Bezirke ist eine Folge der Zersplitterung Groß-Berlins in Eingemeindungen. Die Schuld an diesen Zuständen wies Bauer der Regierung zu, die aus reinlichen politischen Gründen die Zusammenfassung zu einem Groß-Berlin verhindert habe. Er forderte Reform des Wahlrechts für Preußen und für die Gemeinden. Oberbürgermeister Dominicus schloß die Versammlung mit der Mahnung an die gesamte Bürgerschaft Groß-Berlins, sich um den Bürgerausschuß zu setzen.

## Die Notlage der Unterbeamten.

In einer von der Sozialen Arbeitsgemeinschaft der Unterbeamtenverbände einberufenen Versammlung, die am Freitag, sehr stark besucht, im Germania-Saal tagte, wurde vom Referenten Redakteur Schmidt und anderen Rednern ausgeführt, daß die Unterbeamten im Reichs- und Staatsdienst schwerer als die meisten anderen Berufsstände unter der durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen Not leiden. Ihr Gehalt regelt sich nach der Besoldungsordnung von 1909, die natürlich den heutigen Verhältnissen in

keiner Weise gerecht wird. Die Kriegsbeihilfen und Teuerungszulagen, die den Unterbeamten während des Krieges gewährt wurden, sind viel zu spät gekommen und viel zu gering gewesen. Die meisten Unterbeamten befinden sich in einer äußerst drückenden Notlage. Wer über Ersparnisse aus besseren Zeiten verfügt, hat sie längst aufgebraucht. Ein großer Teil der Unterbeamten hat sich eine Schuldenlast aufgebürdet, die kaum abgetragen werden kann. Kleidung und Wäsche sind während der Kriegsjahre abgerissen und die Mittel zu Neuankäufen fehlen gänzlich. — Dr. Burg-hard, dessen ärztliche Praxis sich zum großen Teil auf die Unterbeamten der Post erstreckt, führte aus, in den Reihen dieser Beamten seien Erkrankungen infolge Unterernährung ganz besonders zahlreich. Auf die Notlage der Beamten seien auch die sehr häufig vorkommenden Volkskrankheiten von Lebensmittelmangel zurückzuführen. — In der die Teuerungszulagen betreffenden, nächsten im Landtag zur Verhandlung kommenden Regierungsvorlage wurde gesagt, daß sie den Wünschen und Bedürfnissen der Unterbeamten nicht genügend Rechnung trage. Namentlich wurde kritisiert, daß nach der Vorlage die Teuerungszulagen mit den Gehältern steigen, während doch gerade die am niedrigsten besoldeten Beamten einer Zulage am dringendsten bedürften, denn sie bräuh doch die Not viel schwerer als ihre höher besoldeten Kollegen. Bei den am 1. April gewährten Kriegsbeihilfen habe die Regierung nach dem Grundbesitz gehandelt, den niedrigen Gehältern mehr als den Höheren zuzulassen. Dieser Standpunkt sei aber bei dem am 1. Juli gewährten Teuerungszulagen wieder verlassen, ebenso bei der neuen Vorlage. — Die Landtagsabgeordnete Deltus (Nationalpartei, Volkspartei), Ludwig (Nationalliberal) und Schmidt (Zentrum) versicherten, daß sie die Forderungen der Unterbeamten im Abgeordnetenhaus vertreten würden. — In einer einstimmig angenommenen Resolution fordert die Versammlung von der Regierung weitere Maßnahmen zur Hebung des Notstandes der Unterbeamten. Als unversucht wird es bezeichnet, daß den Höheren Einkommen höhere Zulagen gewährt werden und statt dessen arbeiten, die Kriegsteuerungszulagen der Unterbeamten wesentlich zu erhöhen und hierbei auch die Kriegsbeihilfen und die Pensionäre zu berücksichtigen.

**Verlegung der Fleischverkaufszeiten in Renteln.** Vom Sonntag ab sind die Stunden für den Fleischverkauf auf Mittwoch von 9 bis 1 Uhr, Sonnabends von 8 bis 1 Uhr und von 8 bis 8 Uhr festgelegt worden. Die letzte Stunde am Sonnabend ist für Nachzügler bestimmt. Des Buztags wegen findet der Fleischverkauf in der nächsten Woche bereits am Dienstag statt.

**Kawamer. Ausgabe von Marinaden.** Heute, Montag, findet auf den Kartenabschnitt 32 der Lebensmittelkarte der Verkauf von Marinaden statt. Die Waren werden abgegeben in den einzelnen Verkaufsstellen der Gemeinde auf folgende Nummern des Ausweises: Müller, Wilhelmstraße, Nr. 7029—7329, Rudow, Friedrichstraße, Nr. 5024—5324, Winkel, Friederichstr. 14, Nr. 1023—1343, Frommert, Müllerstraße, Nr. 3024—3374, Ziegen, Großbeerenstraße, Nr. 9024—9354.

Von Vormittag 10 Uhr ab findet auf der hiesigen Freibank, Friedrichstr. 29, der Verkauf von minderverwertigem Rindfleisch statt. Auf jeden Wochenabschnitt der Reichsleischkarte wird ein Pfund Rindfleisch abgegeben.

## Jugendveranstaltungen.

**Arbeiterjugend Oberkattowitz.** Morgen, Dienstag, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Postenstr. 41, Vortrag über: „Die Ziele der Gewerkschaftsbewegung.“ Gäste willkommen!

Verantwortlich für die Festschrift: Erich Kattner, Berlin; für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schick, Renteln; für die Druckerei: Th. Meise, Berlin. Druck u. Verlag: Schmidt's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Siegel & Co., Berlin SW.

**Berliner Sängerkor.**  
Übermalls entlich aus der Kriegszeit liebe Mitglieder.  
Am 29. Juni bei unsrer Sangesbrüder  
**Heinrich Wiedemann**  
und am 7. November unsrer Sangesbrüder  
**Wim Gimberg.**  
Beide haben in langjähriger, treuer Mitgliedschaft für die Interessen unsrer Vereine gekämpft und gewirkt; den schmerzlichen Verlust beklagend, werden wir ihnen ein treues Gedenken bewahren. Der Vorstand.

**Admirals-Palast.**  
Ballett auf dem Eis  
7 1/2 Uhr  
**Ahrakadabra.**  
Vorzügliche Küche.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Laabs**  
Geb. 1866, grünbl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufshör. Geschlechtskrankheit, geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Erprobteste Methoden Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung.  
Königstr. 34/36. Sprechst. 10-11 u. 4-8, Sonnt. 10-11

**Schuh-Reparaturen**  
werden für kriegerische u. gewerbliche Betriebe gesucht  
**Stepperrinnen, Poliere- und Schuhmacher.**  
Schuh-Besohl- und Ausschusswerkstätten der Stadt Berlin.  
Kommendantenstr. 80/81 im Laden. 102/13

**Spezial-Arzt**  
**Dr. med. Hasché,**  
Friedrichstr. 90  
Behandlung von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, Erprobteste Methoden Ehrlich-Hata-Kuren, Harn- u. Blutuntersuchung, geheime Verabreichung von Medikamenten.  
Sprechstunden 10 bis 11 und 4-8, Sonnt. 11-1.

**Alte Belouche**  
Felsbäder, Felsbäder werden wie neu auf moderne Formen umgeprägt.  
Neue Entformen direkt in Ecksteins Muffabrik, Jannalbenstr. 38, an der Chausseestraße. Filiale: Wielandstr. 7, a. d. Kantstr.

**Spezialarzt**  
**Dr. med. Wockenfuss,**  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. T.), f. Syphilis, Harn- u. Frauenleiden Ehrlich-Hata-Kur (Dauerheilung), Blutuntersuchung, Schnell-, sichere, schmerzlos. Heilung ohne Berufshör. Teilzahlung. 302/12 Sprechstunde: 11-1 u. 6-8

**Spezial-Arzt**  
Geschlechtskrankheiten, Harnleiden, Schwäche, Ehrlich-Hata-Kuren, Blut- und Harn-Untersuchungen. Institut: a. d. Lützowstr., Sprechstunden während d. Sommers 4, 5, 10 U. abends, Sonntags 4, 11-1 Uhr. 45 S. starke Bierschüre 50 M., nach anßerhalb 1 M. in verschl. Kuvert.  
**Dr. med. Karl Reinhardt.**

**Schreiben sie schlecht?**  
Dann schaffen Sie sich das Werk „Schnellschreiben“ an. Auch die schlechteste Handschrift wird in wenigen Stunden dauernd flott und schön. 80 000 Expl. verkauft, franko 1.- M., Nachn. 30 Pf. mehr. **K. Kula, Berlin-Neukölln, Postfach 87.**  
**Zähne m. echt. Kantschnk 3,50 M.** 6 Jahre Garantie. Zahntechnik m. Verhänd. bei Bestellung v. Gebissen gratis. Goldkronen o. 20 M. an. Spez.: Zähne ohne Gummipfl. **Zahnpraxis Hatvani,** Ode- u. Schönbr. Allee.

**Tischler**  
Möbelfabrik Hinz-Fabrik, Berlin-Mariendorf, Lanzthaler Straße 16.  
**Buehbinder**  
Buehbinderie Hinz-Fabrik, Berlin-Mariendorf, Lanzthaler Straße 16.  
**Prima Würstchen**  
a. Wurst a. Kaninchen- u. Rindfleisch tägl. frisch. Pfd. 3,50 M. Nachn. Eilp.-Vers. Versand v. 5 Pfd. ab. Rindfleischerei und Wurstfabrik **Arthur Schludler, Zwickau i. S. 1.**  
**Uhren - Goldwaren**  
**Plitz & Co., Lindenstr. 109.**

**Lombard-Haus**  
H. Graf, Leipzigerstr. 75/11  
Volle normale Beleuchtung  
Diskretion, Reliabilität, Gelegentlichkeit, Uhren, Brillanten, Schmucksachen  
10-50%, unt. Ladendr.  
**20% Rabatt**  
erhalten demwärts-Konten, wenn sie bei Ausgabe von privaten „kleinen Anzeigen“ Abonnementauftrag mit Gültigkeit vorlegen.

**Neuer Beruf!**  
Als Ersatz für die zum Heere eingezogenen Beamten beachtlich große Versicherungsgesellschaft auch am hiesigen Platze  
**mehrere Damen**  
für den Außendienst anzustellen. 3-4 wöchentliche Ausbildung nach langjährig bewährter Methode. Während des letzten Jahres wurden in verschiedenen anderen Städten bereits über 300 Damen ausgebildet und  
**fest angestellt.**  
Dauernde Stellung, auch nach dem Kriege. — Persönliche Vorstellung vorm. 9-11 Uhr im Bureau  
**W. Böthner, Berlin SW, Teltower Str. 7 I.**

**Künstl. Zähne**  
Goldkronen, Brücken, Plomben, Zähne ohne Platte, Zahnziehen mit Betäubung, Umarbeitung, Reparaturen sofort billigste Preise. **Zähne von 11, 3,50 an.**  
**Zahn-Praxis M. Löser** Brunnenstr. 18b  
nahe Invalidenstr. Parabol, zu sprechen 10-7, Sonnt. 10-12, Tel. N. 11 508

**Eisendreher, Maschinuarbeiter, Fräjer, Hobler, Maschinen-schlosser, Maschinuarbeiterinnen**  
Bluto-Werte, Motor- und Lokomotivbau  
Berlin-Hohenschönhausen, Wernichener Straße.

**Tüchtige Montagearbeiter f. Eisenkonstruktionen**  
werden sofort eingestellt.  
**Kammerichwerke.**  
Zu melden: Neubau Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken Wittenau, Tor 3, bei Montagemeister Hartmann.

**Rheumatismus, Gicht, Hexenschuß, Ischias**  
**SOLLTEN SIE!** sei es dauernd oder nur von Zeit zu Zeit leiden, so lade ich Sie hiermit ein, diese Gelegenheit zu ergreifen und mir zu schreiben. Ich bin bereit, Ihnen kostenlos und portofrei etwas zu senden, das Ihnen eine freudige Uebererraschung bereiten wird. Sie haben vielleicht schon viel Geld für verschiedene Mittel ausgegeben und nur eine vorübergehende Besserung erzielt. Ich besitze ein Mittel, das vielleicht geeignet ist, die Ursache von Rheumatismus, Gicht (Podagra, Chiragra) usw. aus Ihrem Körper zu bekämpfen. Es wird auch gegen Leiden, die durch das Vorhandensein von Harnsäure im Körper verursacht werden, wie Herzaffektionen, Lähmungen, Schwellungen, Magenschwäche usw., wie zahlreiche ärztliche Gutachten mir dies bestätigen, angewendet. Es kostet Sie nur eine Postkarte. Ich sende Ihnen zum Versuch mein Buch und mein Mittel vollständig kostenlos. Wenn Sie nicht sofort schreiben können, so bewahren Sie sich die Annonce auf.  
**Kostenlos!**  
**Gichtlosint-Kontor,**  
General-Depot: **Viktoria-Apotheke, Berlin A 291.**  
Friedrichstraße 19.

**Gesundung durch Sauerstoff**  
Ein durchaus natürliches, völlig unschädliches Heilverfahren (ohne jede Berufshör.) bei Nerven- und Stoffwechselkrankheiten jeder Art wie Gicht, Rheuma, Aderverkalkung, Magen- und Darmleiden, Zuckerkrankheit, Leberleiden, Schwächezuständen, Herzleiden, sowie Lungen- und Halsleiden.  
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Broschüre.  
**Dr. Gebhard & Cie., Berlin 117, Hallesche Straße 23.**

**Gegen unreines Blut**  
zum Ausschleiben aller Schärten aus den Adern gibt es nichts Besseres als das beste Lauchkeine Renovation-Pilzen ganz bei bei Ausfällen, Geschlechtsleiden, roter Haut, Nerven, Blutandrang und Verstopfung.  
Dose 9. 4.00 nur von Apoth. **Lauenstein's Versand, Spremberg L. 4.**